

## DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 22.09.2022

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Lücken im Steiermärkischen Baugesetz: Petition an die Landesregierung <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, FPÖ)</i>
ÖVP	Maßnahmen zur Beruhigung der angespannten Situation rund um das „Billa-Eck“ <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag mit Mehrheit abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ)</i>
ÖVP	Kennzeichenpflicht für E- Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer max. Geschwindigkeit von 25km/h <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag Pkt. 1 mit Mehrheit abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ), Pkt. 2 einstimmig angenommen</i>
Grüne	Ehrung von Ivica Osim <i>Antrag Pkte. 1 und 2 einstimmig angenommen, Punkte 3 bis 5 mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, FPÖ, Neos, Lohr)</i>
Grüne	In der Elementarpädagogik brennt der Hut – konkrete Verbesserungsvorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP)</i>
Neos	Rettet den Kindergarten! Personalnotstand in der elementaren Bildung durch bessere Bezahlung beheben <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP)</i>
FPÖ	Grillplätze Auwiesen <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen (gegen FPÖ, ÖVP, Lohr)</i>
FPÖ	Probleme im Grazer Gemeindebau <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen FPÖ, Lohr)</i>
SPÖ	Nachhaltiges Wiederverwendungskonzept für städtische Abwässer <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
Neos	Grazer Bekenntnis zu Sanktionen gegen den russischen Angriffskrieg <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, FPÖ, Lohr)</i>

**Klubobfrau Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 22. September 2022

**Betrifft: Lücken im Steiermärkischen Baugesetz – Petition an die Landesregierung**

Im Steiermärkischen Baugesetz ist vorgesehen, dass Baubewilligungen erlöschen, wenn mit dem Vorhaben nicht binnen fünf Jahren nach Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Diese Bestimmung wird systematisch umgangen, um mit bewilligten Bauvorhaben Spekulationen zu betreiben.

Häufig wird vorerst mit der Bauführung begonnen, diese aber dann für geraume Zeit nicht weiter fortgeführt. Der Bauherr hat dann, dank der unzureichenden Bestimmungen des Baugesetzes, unbeschränkt Zeit, auf den für ihn günstigen Zeitpunkt für die Fertigstellung zu warten.

Andere Länder haben dieses Problem bereits erkannt und ihm mit einschlägigen Regelungen im Baugesetz einen Riegel vorgeschoben. In Ober- oder Niederösterreich etwa erlischt die Baubewilligung nach drei Jahren, wenn in dieser Zeit nicht mit der Bauausführung begonnen worden ist und nach fünf Jahren, wenn zwar mit der Bauausführung begonnen wurde, der Bau aber nicht fertig gestellt und mit einer Fertigstellungsanzeige bei der Baubehörde gemeldet wurde.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, dem Landtag eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes vorzulegen, die den Zeitraum von Erstellung bis Verfall einer rechtskräftigen Baubewilligung auf drei Jahre reduziert und dazu entsprechende Ausnahmeregelungen definiert.**
- 2. Darüber hinaus möge das Steirische Baugesetz dahingehend novelliert werden, dass ein mit fünf Jahren eindeutig bestimmter Zeitraum für die Fertigstellung eines Bauwerks, aber auch Kriterien, die die sogenannte Fertigstellung inkl. Nachfristen bis hin zum Verfall der Baubewilligung definiert, aufnimmt.**

Clubobfrau Daniela Gmeinbauer

22. September 2022

## **A N T R A G** **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Maßnahmen zur Beruhigung der angespannten Situation rund um das „Billa-Eck“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der April-Sitzung des Gemeinderates haben wir als Grazer Volkspartei einen Dringlichen Antrag zur gleichen Thematik eingebracht. Darin haben wir Missstände aufgezeigt, die den Menschen dieser Stadt Sorgen bereiten. Was wir damals kritisiert haben, hat sich seither nicht verbessert – im Gegenteil, die Situation am „Billa Eck“ geriet seit Jahresbeginn immer mehr außer Kontrolle.

An dieser Stelle soll nichts beschönigt werden: Die Problemstellungen an diesem Eck gibt es schon länger - aber seit Jahresbeginn ist ein enormer Anstieg der Personen und damit auch einhergehend eine extreme Zunahme an:

- Lärm
- Gewalt
- Streitereien
- Pöbeleien
- Polizeieinsätzen
- Unangeleiteten Hunden
- Beleidigungen von Passanten
- Alkohol- bzw. Drogenkonsum

wahrnehmbar.

Die Situation vor Ort ist seit Jahresbeginn schlicht weg außer Kontrolle geraten und mittlerweile zu viel für Passant:innen, Gewerbetreibende, Tourist:innen, Kinder und Familien geworden. Selbst Magistratsmitarbeiter:innen meiden dieses Eck und nehmen einen Umweg in Kauf. Auch kleine Kinder wurden schon Opfer verbaler Gewalt. Der Höhepunkt war sicher der 25. August dieses Jahres, an dem ein Mann, zugehörig dem Klientel des „Billa Ecks“, mehrere Frauen belästigte und geschlagen hat. Beim daraus resultierenden Polizeieinsatz wurde auch ein Polizist verletzt.

Diese derzeit außer Kontrolle geratene Lage vor Ort, der Anstieg des Gewaltpotentials und des Lärms sowie der Aggressivität ist neu und noch nie dagewesen. Im April wurde uns damals seitens der Koalition versichert, dass es bis zum Sommer ein Konzept geben wird, wie man Herr der außer Kontrolle geratenen Situation wird.

Mit morgigem Tag zieht nun offiziell der Herbst ins Land und bis jetzt gibt es weder ein Konzept noch eine Veränderung der untragbaren Situation am Hauptplatz.

Vielmehr hat sich die Lage mittlerweile solcherart verschärft, dass nun schon einzelne Gewerbetreibende lautstark um Hilfe rufen. Bemerkenswert und gleichzeitig alarmierend dabei ist, dass diese aus Angst vor Repressalien der Szene anonym bleiben wollen, weil man in Kenntnis der betreffenden Personen auch Revanche- und Vandalenakte befürchten müsse.

In einer solidarischen Gesellschaft muss als Grundkonsens gegenseitiger Respekt und Wertschätzung gelebt werden. Wer diesen Respekt und die Wertschätzung vermissen lässt und durch sein Verhalten deutlich macht, dass er/sie in keiner Weise gewillt ist gemeinsame Spielregeln einzuhalten, muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es Konsequenzen geben muss.

Nachdem es offenbar noch keine Anstrengungen und kein Interesse seitens der Koalition gibt, diese brisante Situation am Billa Eck zu entflechten, möchten wir im Namen aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz die Initiative ergreifen und auf eine Lösung drängen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

### **Dringlichen Antrag:**

1.) Nachdem *„die Ordnungswache Graz in Gebieten aktiv ist, für die sich die BürgerInnen mehr Präsenz wünschen, z. B. auf öffentlichen Plätzen“* (Zitat aus [graz.at/Aufgaben](http://graz.at/Aufgaben) der Ordnungswache) und das Auftragsmanagement für die Ordnungswache in den Ressortbereich von Frau Bürgermeisterin Elke Kahr fällt, möge diese im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten prüfen, wie die Ordnungswache lösungsorientiert in dieser Situation rund um das Billa Eck vermehrt eingesetzt werden kann.

2.) Bürgermeisterin Elke Kahr möge Kraft ihrer Funktion aktiv diese Problematik mit dem Stadtpolizeikommandanten sowie den zuständigen Sicherheitssprechern aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen besprechen und bis Dezember ein Konzept vorlegen, wie man die Situation am Billa Eck verbessern kann.

3.) Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der gesetzlichen Möglichkeiten eine Kameraüberwachung für dieses neuralgische Eck prüfen – und gegebenenfalls schnellstmöglich zur Umsetzung bringen.

GR Sabine Wagner

22.09.2022

**A N T R A G**  
**zur**  
**Dringlichen Behandlung**

Betreff: Kennzeichenpflicht für E- Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer max. Geschwindigkeit von 25km/h

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

E-Bikes ohne Pedale (dies beinhaltet E-Scooter, E-Pedelecs), also elektronisch angetriebene Fahrräder/Fahrzeuge ohne Tretunterstützung und Pedalantrieb, sind verkehrsrechtlich herkömmlichen Fahrrädern gleichgestellt. Es gilt: Die maximale Antriebsleistung des Motors darf 600 Watt nicht übersteigen, zudem gilt eine maximale Bauartgeschwindigkeit von 25 km/h. Dazu zählen auch die landläufig bekannten „E-Mopeds“ und „E-Chopper“, die oft eine Länge von 2 Metern erreichen und von 45 bis zu 80 kg Eigengewicht haben.

Das Fahrrad, das E-Bike, die E-Scooter, die E-Mopeds und E-Chopper, in allen verschiedenen Varianten, bekommen und nehmen sich immer mehr Raum im Straßenverkehr. Das ist grundsätzlich auch in Ordnung. Es ist aber eine Tatsache, die zur Folge haben muss, dass Regeln eingezogen und befolgt werden müssen, die ein gemeinschaftliches und sicheres Zusammenleben aller Verkehrsteilnehmer:innen und Fußgänger:innen gewährleisten.

Gerade die E-Mopeds oder E-Chopper sind nur schwer von einem tatsächlichen Moped oder Motorrad zu unterscheiden. Mit einem Eigengewicht von bis zu 80 kg brausen diese mit 25km/h durch unsere Stadt. Oft kommt es zu brenzligen Situationen im Straßenverkehr bzw. in Begegnungszonen. Ein Zusammenstoß eines E-Mopeds/Chopper, mit einem Eigengewicht von 80kg und einer Geschwindigkeit von 25 km/h mit einem Fußgänger oder einem anderen Fahrzeug, könnte ohne Zweifel schwere körperliche Verletzungen nach sich ziehen, Kollisionen mit Kindern verheerende Folgen haben. Die kinetische Energie, die hier freigesetzt wird, ist mit einem normalen Fahrrad oder einem E-Scooter nicht zu vergleichen.

Auch der fehlende Rechtsschutz bei einem Unfall mit einem E-Moped/Chopper stellt für alle Unfallbeteiligten ein Problem dar, da eine Anmeldung und Kennzeichnung derzeit nicht vorgesehen ist. Dies könnte den einen oder anderen Fahrzeughalter bei Unfällen in Schwierigkeiten bringen und bedeutet somit vor allem für den oder die Geschädigten eines solchen Unfalls massive Nachteile.

Im Sinne der Sicherheit und des solidarischen Zusammenlebens aller Verkehrsteilnehmer:innen, aller Fußgänger:innen, aller Familien, sowie aller Fahrzeughalter:innen, hätte eine klare Regelung hinsichtlich der Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper mit einer Bauartgeschwindigkeit bis 25km/h und ab einem Eigengewicht von

45 kg, sowie einer klaren Regelung hinsichtlich der zu benützenden Straßen und Wege für diese Fahrzeuge durchaus mehrere Vorteile:

1. der bereits angesprochene Versicherungsschutz im Schadensfall und damit das Einhergehen einer verpflichteten Haftpflichtversicherung. Eine Versicherung übernimmt in den meisten Fällen jene Schäden, welche der Fahrer anderen Verkehrsteilnehmer:innen im Straßenverkehr zugefügt hat.
2. Ein Kennzeichen ist auch immer eine Art zusätzliche Absicherung und Schutz für die Besitzer:innen selbst; etwa bei Diebstahl. Es wäre eine eindeutige Zuordnung zur Besitzer:in möglich und eine wesentliche Hilfe um ein gestohlenes Fahrzeug wieder zu finden. Dies gilt vor allem bei Fahrzeugen, die ausschließlich für eine Fahrt unbefugt in Gebrauch genommen werden, und nach Verwendung an einem anderen Ort abgelegt wurden.
3. Die derzeitige Verfolgbarkeit der Halter:innen durch nicht vorhandene Kennzeichnung, täuscht vielen Nutzer:innen auch Anonymität und Straffreiheit vor. Hinweise wie „es war ein blaues E-Moped beteiligt“, sind leider nicht wirklich hilfreich für Einsatzorganisationen.
4. Viele Radwege, Geh- und Radwege oder Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, sind einfach zu schmal für E-Mopeds und E-Chopper. Ein gefahrloses Überholen ist fast unmöglich. Gemäß der StVO § 68 haben sich *„Radfahrer so zu verhalten, dass Fußgänger nicht gefährdet werden.“* Dies ist bereits aufgrund der hohen Geschwindigkeiten von E-Mopeds und E-Chopper, des hohen Eigengewichtes, sowie der Länge und Breite dieser Fahrzeuge eine Herausforderung.
5. Leider wird auch das illegale „Tuning“ immer beliebter und stellt einen zusätzlichen Anreiz für die Verwendung dar. Dadurch werden Geschwindigkeiten bis zu 50km/h ermöglicht. Um aus einer Website eines Händlers zu zitieren: *„Adaption auf höhere Geschwindigkeit ca. 34 km/h ebenso möglich.“* Die Fahrzeuge sind aber nicht auf diese Geschwindigkeiten ausgelegt. Bremsen oder Antriebsteile können diesen Belastungen nur schwer standhalten. Unfälle sind vorprogrammiert. Bei Geschwindigkeitsübertretungen und einem vorhandenen Kennzeichen könnte man bei „Tuning“ und zu schnellem Fahren zumindest den Fahrzeughalter in die Verantwortung nehmen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **Dringlichen Antrag**

Der Grazer Gemeinderat möge am Petitionswege an die zuständige Verkehrsministerin Leonore Gewessler, BA herantreten, um

- ~~eine Kennzeichenpflicht für E-Mopeds und E-Chopper ab einem Eigengewicht von 45 kg und einer max. Geschwindigkeit von 25 km/h sowie~~
- eine klare Regelung hinsichtlich der Benutzung der Radwege bzw. Zonen, in denen das Radfahren erlaubt ist, für diese Fahrzeuge

zu prüfen und in weiterer Folge innerhalb der StVO zu verankern.



## **Gemeinsamer Dringlicher Antrag der Gemeinderatsklubs der Grünen-ALG, KPÖ und SPÖ**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2022

von

**GR DI David Ram**

### **Betrifft: Ehrung von Ivica Osim**

Am 1. Mai des heurigen Jahres verstarb Ivica Osim, der Jahrhunderttrainer von Sturm Graz. In einer berührenden Abschiedsfeier im Stadion in Liebenau haben tausende Menschen ihrer Trauer über sein Ableben zum Ausdruck gebracht. In der Trauersitzung des Grazer Gemeinderats vermittelte uns Gilbert Prilasnig, der der großen Sturm-Mannschaft angehörte, in beeindruckenden Worten, was Ivica Osim als Fußballtrainer aber noch viel mehr als Mensch ausmachte.

Ivica Osim wuchs in armen Verhältnissen in Sarajevo auf. Dieser Stadt, die sich durch ihre Vielfalt an Ethnien und Religionen auszeichnet, blieb er sein ganzes Leben tief verbunden. Der Krieg und die Belagerung Sarajevos hinterließen bei ihm tiefe Wunden. „Ich kann mich nicht mehr freuen. Freude gibt es nach dem, was in meiner Heimat passiert ist, nicht mehr.“

Osım war selbst ein herausragender Fußballer und ein international erfolgreicher Fußballtrainer. Ob als Trainer der letzten jugoslawischen Nationalmannschaft, als Trainer, der Sturm Graz dreimal in die Champions League und zweimal zum Meistertitel führte oder als Nationaltrainer von Japan – überall blieb er verehrt und unvergessen. Aber auch bei großen sportlichen Triumphen behielt Osım seinen kritischen Blick und seine Zurückhaltung, er war ein Nachdenklicher und Nachdenkender.

Ivica Osım war viel mehr als ein erfolgreicher Trainer, er war Menschenfreund und Humanist, der sich gegen Krieg, Nationalismus und Rassismus stellte. Oft zitiert sind seine Worte: „Kampf der Kulturen? Normalerweise kämpfen Kulturen nicht. Deshalb sind sie ja Kulturen. Weil sie keine Kriege führen.“ Viele Menschen in unserer Stadt haben den Tod von Ivica Osım betrauert, nicht nur jene, die mit Sturm Graz und dem Fußball verbunden sind.

Es liegt auch an uns als Stadt Graz, sein Andenken in einer würdevollen Form zu wahren. Das gemeinsame Bekenntnis, Ivica Osim mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes in Graz zu ehren, gibt es seitens der Koalitionspartner:innen schon seit einiger Zeit. In Abstimmung mit der Familie Osim und Sturm Graz wurde folgender Vorschlag erarbeitet:

In einem ersten Schritt soll zeitnah die Umbenennung des Stadionplatzes in Ivica-Osim-Platz erfolgen. Nur wenige Unternehmen sind von einer Änderung ihrer Adresse betroffen. Darüber hinaus haben Bürgermeisterin Elke Kahr, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Klubobmann Michael Ehmann in einem gemeinsamen Pressegespräch vorgeschlagen, die Conrad-von-Hötzendorfstraße, beginnend ab der Fröhlichgasse bis zum Bertha-von-Suttner-Platz nach Ivica Osim zu benennen. Wir greifen damit einen Wunsch auf, der schon mehrfach an die Stadt herangetragen wurde: die Straße, die einen Kriegsherren ehrt, zu einer Straße, die einen Mann des Friedens würdigt, zu machen.

Diese zweite Umbenennung, von der deutlich mehr Anrainer:innen und Unternehmen betroffen wären, soll jedoch gut vorbereitet und in einem partizipativen Prozess begleitet werden, denn es ist uns wichtig, dass sie von den Anrainer:innen und dort tätigen Betrieben mitgetragen wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob in diesem Straßenabschnitt zumindest auf einer Seite Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen möglich sind und Bäume gepflanzt werden können. Falls diese Prüfung positiv ausgeht, könnte der neue Name auch Ivica-Osim-Allee lauten.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, an den am 1. Mai 2022 verstorbenen Ivica Osim im öffentlichen Stadtraum sichtbar zu erinnern.
2. Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, in einem ersten Schritt den bisherigen Stadionplatz in Ivica-Osim-Platz umzubenennen und beauftragt Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.
3. Der Gemeinderat begrüßt den Vorschlag, den südlichen Abschnitt der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, vom Zentrum aus gesehen beginnend ab der Fröhlichgasse (ostseitig Haus-Nr. 91, westseitig Haus-Nr.94) bis zum Bertha-von Suttner-Platz nach Ivica Osim zu benennen und beauftragt Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner mit der dafür notwendigen Prüfung. Über das Ergebnis ist dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen.

4. Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, die entsprechenden Begleitmaßnahmen, die zu erwartenden Kosten und den für die Vorbereitung erforderlichen zeitlichen Rahmen zu klären. Darüber hinaus wird Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner um Prüfung ersucht, ob die Möglichkeit für einen mittelfristig umsetzbaren Aufbau einer Allee sowie für zusätzliche Begrünungs- und Entsiegelungsmöglichkeiten in dem zur Umbenennung vorgesehenen Straßenzug besteht.
  
5. Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, einen Beteiligungsprozess aufzusetzen, in dem insbesondere die Wohnbevölkerung, die Unternehmen und Institutionen in der Conrad-von-Hötzendorfstraße und der Bezirksrat Jakomini eingebunden werden. Über die Ergebnisse der Prüfungen und den geplanten Beteiligungsprozess ist der Gemeinderat zu informieren.



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen – ALG**

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2022

von

**GR<sup>in</sup> Manuela Wutte, MA**

#### **Betrifft: In der Elementarpädagogik brennt der Hut – konkrete Verbesserungsvorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch**

Kaum ein kommunalpolitisches Thema hat in den letzten Wochen die Grazer:innen so beschäftigt wie der Personalmangel in den Kinderbetreuungseinrichtungen und die damit verbundenen Schließungen von Gruppen bzw. deren Umstellung auf Halbtagesbetreuung. Mit Stand Anfang September mussten in Graz acht Gruppen schließen und 15 auf Halbtagesbetrieb umstellen. Auch im Gemeinderat haben wir die prekären Arbeitsbedingungen in der Elementarpädagogik wiederholt diskutiert, Vorschläge erarbeitet und vor dem Sommer einen dringlichen Antrag, der in den meisten Punkten einstimmig angenommen wurde, verabschiedet.

Alle Eltern, deren Kinder die Einrichtungen von WIKI und GIP besuchen, bekamen bereits im August einen Brief zugesandt, der vor möglichen Schließungen warnte. Viele dieser Eltern kenne ich über meine eigenen Kleinkinder persönlich und habe hautnah miterlebt, was es für berufstätige Eltern bedeutet, im August nicht zu wissen, ob die Betreuung ihrer Kinder im September noch gesichert ist. Am 19.8., knapp vor Beginn des Schul- und Betreuungsjahrs, wurden vom Bildungslandesrat Werner Amon ein lang ersehntes Maßnahmenpaket präsentiert, das durchaus sinnvolle Ansätze enthält: Als wahrscheinlich wichtigste und lang geforderte Maßnahme soll es bis 2027 zu einer schrittweisen Senkung der Gruppengröße auf 20 Kinder kommen.

Angekündigt wurde außerdem eine 15.000 €-Prämie für Neueinsteiger:innen – für viele Pädagog:innen, die seit Jahren unterbezahlt an die Grenzen ihrer Kräfte gehen, ein ungeheurer Affront: Neueinsteiger:innen erhalten eine durchaus ansehnliche Prämie, während jene, die sich seit Jahren unter schwierigsten Bedingungen um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung bemühen, leer ausgehen. Vor wenigen Tagen hat der Landesrat aufgrund der nicht enden wollenden Kritik nachgebessert und die Prämie auch all jenen Pädagog:innen, die auf Vollzeit aufstocken wollen, in Aussicht gestellt. Auch das ist ein wichtiger Schritt, nicht zuletzt, weil die Steiermark im



Bundesländervergleich besonders wenige Vollzeitkräfte im Kinderbildungs- und bereuungsbereich hat. Es ist aber nicht für alle möglich, eine Vollzeitstellung einzugehen, sei es aufgrund eigener Betreuungspflichten oder auch der Arbeitsstrukturen des jeweiligen Trägers.

Für die betroffenen Familien kamen diese Maßnahmen aber zu spät, dementsprechend groß war die Aufregung. Wenn an einem verregneten, kalten Freitagnachmittag hunderte Eltern mit Kleinkindern durch die Stadt ziehen, muss wirklich Feuer am Dach sein. Vor wenigen Tagen kündigten Landesrat Amon und Stadtrat Hohensinner gemeinsam an, dass über Restplätze und das Konzept „Halbtag Plus“ eventuell alle betroffenen Eltern doch noch einen Betreuungsplatz bekommen.

Ich denke, man sieht, dass alle politisch Verantwortlichen sich durchaus bemühen, im Einzelfall noch Lösungen für die betroffenen Familien zu finden und dieses Bemühen will ich auch nicht in Abrede stellen. Schon gefallen lassen muss man sich aber den Hinweis, dass sich diese Situation über Jahre angebahnt hat und schon lange absehbar war. Seit Jahren fordern Initiativen wie „Kinder brauchen Profis“ bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. In ihrer Stellungnahme zum Maßnahmenpaket Amons schreiben sie weiters: *„Der aktuelle Personalmangel besteht hauptsächlich aufgrund der **qualitativen Rahmenbedingungen**. Diese machen es unattraktiv im Beruf zu bleiben oder (wieder) einzusteigen. Deswegen sehen wir es als problematisch, dass die drei von Ihnen präsentierten Maßnahmen, die als erstes wirksam werden sollen, die **Qualität** in den Einrichtungen kaum bzw. eine **Entlastung** der Kolleg:innen nicht adressieren.“* Auch die Arbeitssituation der Kinderbetreuer:innen und Tageseltern sollte diskutiert werden.

In der Stadt Graz ist es uns gelungen, die zweistündige Überschneidungszeit bei der Dienstübergabe zu ermöglichen, die Finanzierung dafür soll laut Ankündigungen nun auch steiermarkweit ausgerollt werden.

Die im Frühjahr abgeschlossenen Verhandlungen rund um eine neue 15a-Vereinbarung bringen durch eine 40% Erhöhung der Bundesmittel (Zielsetzung: kleinere Gruppen, Ausweitung des Angebots, längere Öffnungszeiten, bessere Arbeitsbedingungen) auch neue finanzielle Spielräume für die Steiermark. Wenn wir also nicht nur auf kurzfristige Notlösungen setzen wollen, sondern eine qualitätsvolle Kinderbildung und –betreuung langfristig absichern wollen, braucht es dringend eine Nachbesserung des bisher angekündigten Maßnahmenpakets.



Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1.) Der Gemeinderat ersucht den zuständigen Bildungslandesrat Werner Amon auf dem Petitionsweg dringend um eine Nachbesserung der angekündigten Maßnahmen im Bereich Elementarpädagogik. Insbesondere sollen ein 15. Gehalt analog dem Pflegebereich und eine schnellere Reduktion der Gruppengrößen steiermarkweit angedacht werden.

## **Dringlicher Antrag**

in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2022  
eingebracht von GR Philipp Pointner

**Betreff:** Rettet den Kindergarten! Personalnotstand in der elementaren Bildung durch bessere Bezahlung beheben

Der Kindergarten ist als erste Bildungseinrichtung essentiell wichtig für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Viele Studien zeigen übereinstimmend, dass die ersten Lebensjahre für die Bildungskarriere und die Charakterbildung grundlegend entscheidend sind. Außerdem ist der Kindergarten gerade für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Familien bildungs- und integrationstechnisch unverzichtbar. Denn zu Hause erfahren gerade diese Kinder unverschuldet oft nicht die frühkindliche Bildung, die sie benötigen würden. Ohne diese Bildung ist nicht nur die Gefahr für eine von Misserfolgen geprägte Schulkarriere höher – auch messbare Gehaltseinbußen in der Berufskarriere zur Folge. Damit ist klar, dass der Kindergarten keine bloße Betreuungseinrichtung ist, bei der Eltern ihre Kinder abliefern können, sondern eine essenzielle Ausbildungsstätte.

Gleichzeitig ist der Kindergarten für Eltern ebenso essentiell, um auch mit kleinen Kindern beruflich voranzukommen. Das bringt gerade langfristig Vorteile. Denn wer länger von einer Erwerbsarbeit fernbleibt, muss mit weniger Geld und Chancen rechnen. Einerseits führen lange Phasen fern vom Arbeitsmarkt zu einer niedrigeren Pension und zu einem Karrierebruch, der nicht mehr aufzuholen ist. Denn Väter ohne Karenzzeiten und Frauen ohne Kinder überholen Mütter auf dem Karrierepfad. Dass der Gender-Pay-Gap in Österreich von der Wissenschaft zu einem großen Teil als „Motherhood-Pay-Gap“ identifiziert wurde, kommt in der Debatte oft zu kurz.

Dabei ist es nur mit einem ausgeprägten Betreuungsangebot in der näheren Umgebung möglich, Beruf und Kinderbetreuung gut zu vereinbaren. Doch die Kindergärten in der gesamten Steiermark befinden sich in der Krise! Täglich prasseln neue Schreckensmeldungen auf steirische Eltern ein: Kindergartengruppen werden geschlossen, Gruppenzeiten massiv reduziert und zu Beginn des Kindergartenjahres ist nicht klar, ob das eigene Kind in der Steiermark einen Kindergarten- bzw. einen Kinderkrippenplatz bekommt.

Alle diese Probleme sind hausgemacht und ein Resultat der zahlreichen, jahrelangen Versäumnisse der steirischen Landesregierung. Wir sind beim Jahresgehalt für ElementarpädagogInnen leider am unteren Ende der Gehälter für PädagogInnen in den Landeshauptstädten Österreich. Auch in anderen Gemeinden außerhalb der Landeshauptstadt ist die Lage vielerorts besser. Im rot-pink regierten Wien bekommen Elementarpädagog\_innen zu Beginn sogar bis zu 2.852,90 Euro pro Jahr. So ist es nicht verwunderlich, dass sich kaum Berufseinsteiger\_innen finden, die in Kindergärten arbeiten wollen. Auch Betreuer\_innen bekommen in anderen Landeshauptstädten mehr Gehalt.

Es braucht daher neben einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen und einer spürbaren Senkung der Gruppengrößen insbesondere eine deutliche Anhebung der Gehälter in der gesamten Steiermark und insbesondere in Graz. Auch, um Pädagog\_innen und Betreuer\_innen vor Ort zu halten. Dies gilt sowohl für private als auch für öffentliche Träger. Außerdem muss endlich sichergestellt werden, dass Vordienstzeiten entsprechend angerechnet werden. Wenn sich Elementarpädagog\_innen derzeit dazu entscheiden, ihren Dienort innerhalb der Steiermark zu wechseln und in Kindergärten oder Kinderkrippen zu arbeiten, die Personalbedarf haben, stellt die oftmals kaum vorhandene Anrechnung der Vordienstzeiten eine weitere Hürde dar. Die Konsequenz sind noch niedrigere Gehälter.

im Namen der Gemeinderatsfraktion der NEOS wird daher folgender

### **dringlicher Antrag**

gestellt:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz kennt den Notstand in der Elementarbildung an und die zuständigen Stellen werden ersucht, zu prüfen, welche Maßnahmen die Stadt innerhalb ihres eigenen Wirkungsbereichs setzen kann, um die laufende Bildungskrise zu entschärfen. Des Weiteren wird der Landesgesetzgeber auf dem Petitionsweg aufgefordert, ein Maßnahmen- und Finanzierungspaket vorzulegen, welches insbesondere eine bessere Entlohnung innerhalb der Grazer elementaren Bildungseinrichtungen sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Trägern ermöglicht.

GR Günter Wagner  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21. September 2022

Betreff: Grillplätze Auwiesen  
**Dringlicher Antrag**

Seit Jahren sind die Anrainer rund um die Auwiesen mit unerträglichen Zuständen – Müll, Lärm, Böller – konfrontiert. Viele Anrainer bei den Auwiesen sind mit den Nerven am Ende und fühlen sich von der Stadtregerung im Stich gelassen – das Naherholungsgebiet ist ständiger sozialer Brennpunkt.

Immer wieder trifft man dort Menschen an, die während ihres Aufenthalts bei den öffentlichen Grillplätzen auf entsprechendes Recht und örtliche Gepflogenheiten keinen Wert legen und mit ihrem rücksichtslosen Verhalten für Unmut bei den Anrainern sorgen. Die Stimmung ist mittlerweile sehr angespannt. Die Bezirksversammlung am 20. September in Liebenau hat einmal mehr bestätigt, dass die Anrainer verzweifelt sind und sich von der linken Stadtkoalition im Stich gelassen fühlen.

Bei der Bezirksratssitzung vom 30. Juni wurde in Liebenau mehrheitlich eine kostenpflichtige Onlinereservierung und eine rigorosere Überwachung der derzeit leider unzureichenden Vorschriften für die Benützung der Grillplätze bei den Auwiesen beschlossen. Gleichzeitig wurde mehrheitlich beschlossen, dass ein umfassendes Sicherheitskonzept zur Anwendung kommen soll, damit die Anrainer in absehbarer Zeit endlich wieder mehr Lebensqualität genießen können.

Bei dieser Sitzung wurde einstimmig auch beschlossen, dass die Einhaltung der nächtlichen Feuerverbote auf der Grazer Auwiesen sichergestellt werden und die Ordnungswache beauftragt werden soll, die Auwiesen auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und für die fachgerechte Löschung etwaiger Feuer zu sorgen. Im Idealfall sollte eine Koordination mit der Polizeidirektion stattfinden, damit die Sicherheit der Ordnungswachebeamten gewährleistet werden kann.

Ein daraufhin von der FPÖ gestellter dringlicher Antrag mit ähnlichem Inhalt wurde bei der Gemeinderatssitzung am 7. Juli mit den Stimmen von KPÖ, SPÖ und Grünen abgelehnt. Die Bürgeranliegen zeigen aber deutlich, dass hier endlich Handlungsbedarf besteht und die Sorgen der Anrainer endlich ernst genommen werden müssen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

~~Die Stadt Graz möge eine kostenpflichtige aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen.~~

Betr: Dringlichkeitsantrag FPÖ  
Grillplätze Auwiesen  
Abänderungsantrag



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **Abänderungsantrag**

**eingbracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 22. September 2022**

Namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stelle ich nachfolgenden

### **Abänderungsantrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, zur Verbesserung der Situation im Zusammenhang mit den Grillplätzen Auwiesen unter Einbindung von Vertreter:innen aller Fraktionen des Bezirkrates Liebenau und des Gemeinderates sowie sämtlicher für diese Angelegenheit relevanter Abteilungen im Haus Graz (z.B. GPS, Holding, GBG) sowie der Polizei Graz und unter Berücksichtigung aller bereits vom Bezirksrat Liebenau entwickelten Vorschläge bis zum 1. Quartal 2023 ein umfassendes Maßnahmenpaket zu entwickeln und auf Umsetzungsmöglichkeiten zu überprüfen. Das Ergebnis ist in einer neuerlichen Informationsveranstaltung den Anrainer:innen zu präsentieren, wobei die Umsetzung selbst idealerweise vor Beginn der Grill-Hochsaison erfolgen sollte.

GR Mag. Michael Winter  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21. September 2022

Betreff: Probleme im Grazer Gemeindebau  
**Dringlicher Antrag**

Im Rahmen der sogenannten „Gemeindebau-Tour“ der FPÖ Graz wurden eine Vielzahl von Gesprächen mit Bürgern geführt, die im sozialen Wohnbau beheimatet sind. Sie wurden nach Problemfeldern befragt, die ihrer Meinung nach in den Gemeindebau-Wohnhäusern akut bzw. aktuell existent sind.

Im Zuge der betreffenden Gespräche mit den Bewohnern der diversen Gemeindebauhäuser wurde von den Befragten ein großes Konglomerat von Problemfeldern angesprochen bzw. thematisiert: Lärmbelästigungen, Müll- bzw. Sauberkeitsproblematik, diverse Konflikte auf Grund der multikulturellen Bewohnerstruktur sowie die Überfremdung der Gemeindebauhäuser sind nur einige Konfliktbereiche, die besonders oft in den Gesprächen aufgeworfen worden sind.

Nahezu durchgehend wurde von Seiten der befragten Bürger behauptet, dass ihrer Meinung nach sich die Konflikte und Probleme von Jahr zu Jahr weiter verschärfen und an Intensität weiter zunehmen. Eine Besserung der Lage ist für viele Grazer Bürger nicht in Sicht. Eine große Anzahl der Grazer Bürger, die die Häuser des sozialen Wohnbaus ihr Zuhause nennen, fühlen sich von der Politik und mit den bestehenden Problemen im Stich gelassen.

Die verantwortlichen Politiker in der Stadt sind folglich dringend aufgefordert zu handeln sowie die zweifellos existenten Probleme ernst zu nehmen. Der Grazer Gemeindebau darf nicht zu einem gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Brennpunkt in unserer Stadt werden, in dem sich die diversen Konflikte immer weiter ausbreiten.

Die Probleme bzw. Konflikte, die in den Gemeindebauhäusern der Murmetropole existent sind, müssen folglich in einem ersten Schritt umfassend und wissenschaftlich analysiert werden, um in Zukunft möglichst zweckdienliche und sachliche Problem- und Konfliktlösungen von Seiten der Politik erarbeiten zu können.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge prüfen, ob parteiunabhängige Experten mit einer Studie beauftragt werden können, um die aktuellen Problematiken und Konfliktfelder im Grazer Gemeindebau ganzheitlich zu erfassen und in ihren unterschiedlichen Facetten neutral und ungefärbt entsprechend des Motiventextes darzustellen.

Betreff: Nachhaltiges Wiederverwendungskonzept für städtische Abwässer



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Dipl.Wirtschaftsing. (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 22. September 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!  
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wasser spielt seit Menschengedenken eine wichtige Rolle. Es ist die Quelle des Lebens. Im steten Kreislauf von der Atmosphäre zur Erde, über Böden, Flüsse und Ozeane zurück in die Lufthülle, erfüllt Wasser eine Vielzahl lebenswichtiger Funktionen. Was es aber nicht ist: Es ist nicht selbstverständlich und unbegrenzt. Die letzten Jahre, zeigen uns das schmerzlicher denn je.

Deshalb gilt es mehr denn je, die Ressource Wasser möglichst schonend und sparend einzusetzen. Abseits der gewohnten Wege, gibt es hier Leuchttürme, die über den Tellerrand hinausgeblickt haben. Ein solches Leuchtturmprojekt ist die Bereitstellung von Wasser der Freibäder nach Saisonschluss. Das aufbereitete Wasser wird dort der Landwirtschaft, aber auch den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Auch können Wassertanks für die Bewässerung von Grünflächen damit befüllt werden. Auch gilt es zu überlegen, ob geklärte Wässer in die Mur geleitet werden müssen, oder die nicht auch als mögliche Bezugsquelle für Gießwasser der Landwirtschaft, der Bevölkerung oder auch den eigenen Betrieben dienen kann. Für die Stadt Graz wäre es auf jeden Fall eine weitere Möglichkeit, die wertvolle Ressource Wasser möglichst sinnvoll zu nutzen und einen weiteren Baustein zu setzen um Graz nachhaltiger zu machen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Abteilungen in der Stadt Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, die Möglichkeiten der Verwendung von Abwässern der Stadt Graz zu prüfen. Insbesondere gilt dies für etwaige Entleerungen von Schwimmbädern sowie die Möglichkeit im Rahmen der Umbauarbeiten der Kläranlage, die geklärten Abwässer in den Wiederverwendungskreislauf rückzuführen.

### **Dringlicher Antrag**

in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2022  
eingebracht von GR Philipp Pointner

**Betreff:** Grazer Bekenntnis zu Sanktionen gegen den russischen Angriffskrieg

Gemeinsam als Europäische Union und mit internationalen Partnern hat Österreich mit schärfsten Sanktionen auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagiert. Die Sanktionen zielen insbesondere darauf ab, die russische Wirtschaft massiv zu schwächen. Das Ziel sind insbesondere die Rüstungsindustrie und die kremltreuen politischen Eliten. Diese Sanktionen brauchen Zeit, zeigen allerdings jetzt schon Wirkung! Das Auswärtige Amt in Deutschland geht aktuell von einem Wirtschaftseinbruch in Russland von sechs bis 15 Prozent aus. Der Rat der EU von mindestens elf Prozent und beruft sich dabei auf einen Bericht der Weltbank.

Leider fanden sich in Österreich in unterschiedlichsten Parteien, willfährige Handlager die die russische Propaganda der Wirkungslosigkeit der Sanktionen weitergetragen haben, darunter auch Bürgermeisterin Elke Kahr.

Es ist ein fatales Zeichen in dieser Zeit, aus dieser politischen Position medial eine prorussische Appeasement-Politik zu kommunizieren. Es ist gerade jetzt essenziell, über europäische Ländergrenzen hinweg geeint, fest verbunden mit unseren europäischen Partnern als Europäische Union zur Verteidigung unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Werte vorzugehen. Nur mit geduldiger und unnachgiebiger Konsequenz und Beharrlichkeit kann der brutalen imperialistischen Politik Putins und seiner Vasallen Einhalt geboten werden.

Gerade die kommunale Ebene ist direkt von diesem russischen Aggressionskrieg betroffen und es ist daher dringend geboten, dass sich der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz zu den Sanktionen bekennt und somit jeglichen, die EU spaltenden und somit zerstörenden Tendenzen in dieser Angelegenheit mit einem klaren Bekenntnis einen Riegel vorschiebt. Dies wäre auch ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den vielen aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die in Graz eine temporäre Heimat gefunden haben.

im Namen der Gemeinderatsfraktion der NEOS stelle ich daher folgenden

### **dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich umfänglich zu den auf EU-Ebene ausgesprochenen Sanktionen gegen die Russische Föderation wegen ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine.